16 // 2026

spotlight

ZWISCHEN GEWALT UND REPRESSION

Gesellschaftlicher Aktivismus in Ecuador und Noboas „interner bewaffneter Konflikt“

Zwischen 2019 und 2025 stieg die Homizidrate in Ecuador von 7 auf 51 pro 100.000 Einwohner*innen – die höchste in Lateinamerika. Anfang 2024 reagierte Präsident Daniel Noboa auf diese Gewalt mit der Ausrufung eines „internen bewaffneten Konflikts“. Ein aktueller PRIF Report (auf Spanisch) zeigt, dass dieser harte Kurs gesellschaftlichen Aktivismus massiv einschränkt. Zivilgesellschaftliche Akteure stehen damit doppelt unter Druck: durch kriminelle Gewalt und staatliche Repression. Dieses Spotlight fasst die Folgen dieser Zangenbewegung und zivilgesellschaftliche Reaktionen darauf zusammen und schließt mit Empfehlungen für in Ecuador engagierte externe Akteure.



*Zusammenstoß der ecuadorianischen Polizei mit Demonstrant*innen in Quito am 12. Oktober 2025 nach der Abschaffung der Diesel-Subventionen. Der Verband der indigenen Völker Ecuadors (Conaie) organisierte die Proteste; © EPA/JOSE JACOME.*

VON ELENA DRESSLER, MADELEINE PALACIOS UND JONAS WOLFF

Noch vor wenigen Jahren zählte Ecuador zu den sichersten Ländern Lateinamerikas. Nach einem steilen Anstieg krimineller Gewalt erreichte die Mordrate 2025 jedoch einen nationalen und regionalen Rekord von 51 pro 100.000. Die wichtigsten Treiber waren Anstieg der Zahl und Fragmentierung krimineller Gruppen mit Verbindungen zu internationalen Netzwerken, darunter rivalisierende mexikanische Kartelle, kolumbianische bewaffnete Gruppen und europäische Mafias. Sie kämpfen untereinander und mit dem Staat um die Kontrolle illegaler Ökonomien – vor allem den transnationalen Drogenhandel, aber auch den illegalen Bergbau oder die lokale Schutzgelderpressung.[1]

Im Januar 2024 rief Präsident Daniel Noboa nach einer weiteren Eskalation krimineller Gewalt einen „internen bewaffneten Konflikt“ aus und schickte das Militär auf die Straße. Seit März 2026 führen Ecuador und die USA zudem gemeinsame Militäroperationen in Ecuador durch. Diese militarisierte Kriminalitätsbekämpfung geht mit schweren Menschenrechtsverletzungen einher, darunter willkürliche Festnahmen, Verschwindenlassen und rechtswidrige Tötungen.[2] Die Regierung nutzt zudem die Kriminalitäts- und Gewaltbekämpfung, um rechtliche Einschränkungen zu begründen. Nichtregierungsorganisationen (NROs), soziale Bewegungen, lokale Organisationen und Aktivist*innen, darunter Menschenrechts- und Umweltschützer*innen, sind damit doppelt bedroht: durch kriminelle Gruppen, die Territorien kontrollieren und Gewalt ausüben, und durch einen Staat, der sie zusätzlich einschränkt und gesellschaftlichen Widerstand delegitimiert.[3]

In diesem PRIF Spotlight fassen wir zentrale Ergebnisse des PRIF Reports „Activismo y Movilización Social en Tiempos del ‚Conflicto Armado Interno‘“ (https://doi.org/10.48809/prifrep2602) zusammen. Der Report basiert auf Interviews und Workshops mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Ecuador – darunter indigene, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, Gemeinde- und Nachbarschaftsaktivist*innen sowie NROs, die in von Gewalt betroffenen Gebieten arbeiten.

INFOBOX

Das Gesetz über soziale Transparenz von 2025 (*Ley de Transparencia Social*) verpflichtet alle gemeinnützigen Organisationen zur Neuregistrierung und schafft neue Verwaltungspflichten – externe Audits, Due-Diligence-Regeln, Ethikkomitees –, wodurch der Staat zivilgesellschaftliche Organisationen stärker beaufsichtigen, kontrollieren und sanktionieren kann. Ecuadors Finanzermittlungseinheit kann nun zudem Gelder ohne richterliche Anordnung einfrieren. NRO beklagen, dass diese Regeln Willkür ermöglichen, große Unsicherheit schaffen und die Existenz von lokalen Organisationen gefährden, die aufwendige Buchführungspflichten nicht erfüllen können. Die Durchführungsverordnung brachte weitere Restriktionen, etwa ein Verbot, sich rechtlich genehmigten Bergbauprojekten zu widersetzen – unter Androhung eines vierjährigen Verlusts der Rechtspersönlichkeit der Organisation.

KRIMINELLE REPRESSION UND IHRE FOLGEN FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Während die Präsenz und Gewalt krimineller Gruppen in Ecuador regional erheblich variiert, sind Küstenprovinzen und Grenzregionen - aufgrund ihrer strategischen Rolle im transnationalen Drogenhandel - besonders betroffen. Mit dem wachsenden illegalen Bergbau sind zunehmend auch rohstoffreiche Provinzen im Hochland und Amazonasgebiet krimineller Aktivität ausgesetzt (siehe Karte). Dort erleben zivilgesellschaftliche Akteure, was wir kriminelle Repression nennen: Kriminelle Gruppen behindern und bedrohen zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere ihre Mobilisierung, Kommunikation und Aktivitäten.

Die Teilnehmenden unserer Studie beschreiben drei zentrale Folgen kriminelle Repression: Erstens schwächen Drohungen, Einschüchterung und Erpressung die organisatorische Kapazität. Ständige Angst lähmt Aktivist*innen und senkt die Bereitschaft, sich (öffentlich) zu engagieren. Die psychische Last anhaltender Gewalterfahrung untergräbt zudem die Handlungsfähigkeit und das Engagement. Am stärksten betrifft dies Aktivist*innen von lokalen Organisationen, aber auch national agierende NROs, die in Gewaltkontexten arbeiten.

Zweitens unterminiert kriminelle Repression die Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Gemeinschaften. Vielerorts rekrutieren kriminelle Gruppen ihre Mitglieder, auch Kinder und Jugendliche, aus den lokalen Gemeinschaften selbst, was Bedrohungen schwerer erkennbar macht. Das erzeugt Misstrauen, zersetzt Gemeinschaftsstrukturen und behindert alltägliches Engagement.

Drittens müssen Organisationen ihr Handlungsrepertoire anpassen: Sie benötigen mehr Zeit und Ressourcen für ihren eigenen Schutz. Zudem passen sie ihre Prioritäten den unmittelbaren Problemen lokaler Gemeinschaften an. So wurde etwa die Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen ein Thema vieler Organisationen, die dazu zuvor nicht arbeiteten.

Zu den oben genannten Dynamiken kommt fehlender staatlicher Schutz hinzu. Sicherheitsoperationen bewirken selten dauerhafte Veränderungen, und lokale Bevölkerungen und Aktivist*innen bleiben nach dem – meist schnellen – Abzug der Sicherheitskräfte schutzlos zurück. Hinzu kommt eine Justiz, die schlecht ausgestattet, und weder fähig noch willens ist, organisierte Kriminalität ernsthaft zu verfolgen. Korruption und die Verflechtung krimineller und staatlicher Akteure machen es zudem zwecklos, wenn nicht riskant, kriminelle Gewalt anzuzeigen.

STAATLICHE REPRESSION IM NAMEN DER SICHERHEIT

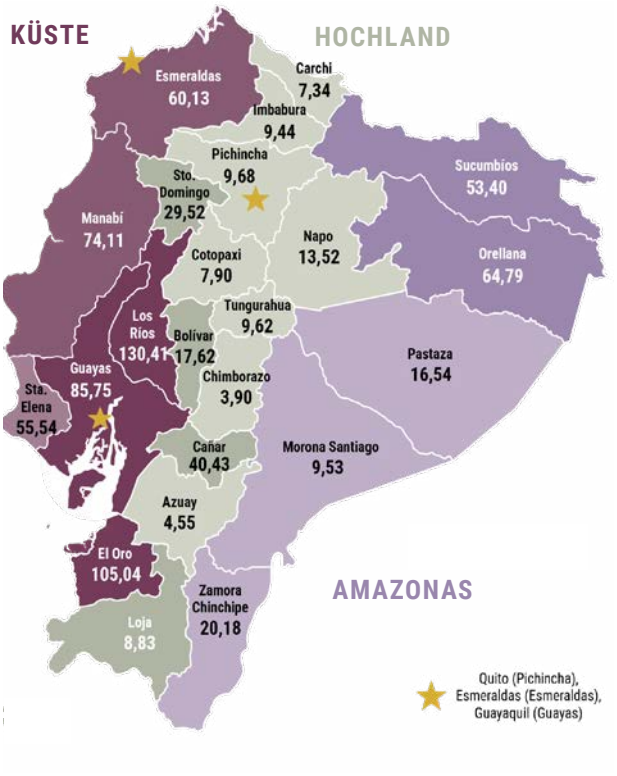
Noboas Sicherheitspolitik schränkt zivilgesellschaftliche Handlungsräume vielfältig ein – ob gewollt oder nicht. Seit Anfang 2025 gilt fast permanent der Ausnahmezustand – Noboas zentrales Instrument gegen die Kriminalität, das mit teils weitreichenden Einschränkungen ziviler Rechte einhergeht.[4] Im Kampf gegen kriminelle Gruppen setzen die Sicherheitskräfte auch zivilgesellschaftliche Akteure unter Druck. Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland dokumentieren exzessive Gewalt, außergerichtliche Tötungen und Fälle von Verschwindenlassen[5]. Diese Gewalt trifft auch Aktivist*innen und lokale Führungspersonen und wird teils als gezielt gegen sie gerichtet wahrgenommen.

Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität dient der Regierung auch zur Rechtfertigung weiterer Restriktionen, wie sich bei Massenprotesten im September und Oktober 2025 zeigte. Nachdem Ecuadors indigene Bewegung in Reaktion auf die Streichung von Treibstoffsubventionen zu einem landesweiten Streik aufgerufen hatte, antwortete der Staat mit einem massiven Polizei- und Militäraufgebot, Panzern, Tränengas und scharfer Munition. UN-Menschenrechtsexpert*innen kritisierten den „unnötigen und unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt“; lokale Menschenrechtsgruppen meldeten drei Tote, 473 Verletzte, 206 Festnahmen und 16 Fälle kurzzeitigen Verschwindenlassens.[6] Zivilgesellschaftliche Unterstützer wurden kriminalisiert: Gegen 61 Personen, darunter prominente indigene Führungspersonen, wurden Ermittlungen wegen mutmaßlicher unrechtmäßiger Bereicherung aufgenommen. Anderen wurde Terrorismus vorgeworfen, und Bankkonten mehrerer Einzelpersonen und NROs wurden eingefroren.

Die Reaktionen auf den Streik sind eingebettet in weitreichende rechtliche Initiativen, die offiziell zur Verhinderung von Geldwäsche und der Unterstützung krimineller oder terroristischer Aktivitäten dienen. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen betonen jedoch, dass sie Vereinigungs-, Versammlungs- und Protestfreiheit einschränken und faktisch vor allem gegen regierungskritische Organisationen wirken.[7] Zentral ist hier das Gesetz über soziale Transparenz von 2025, das staatliche Überwachung und Kontrolle von NROs ausweitet (siehe Box).
Schließlich verbreitet die Regierung – von Medien unterstützt – ein Narrativ, das Akteure, die sich für Menschenrechte, indigene Gemeinschaften oder die Umwelt einsetzen, mit Kriminalität und Terrorismus in Verbindung bringt. Dies delegitimiert das entsprechende zivilgesellschaftliche Engagement in den Augen von Öffentlichkeit und Sicherheitskräften, und macht Kritik an der Regierung und staatlichem Machtmissbrauch riskant.

REAKTIONEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHER GRUPPEN – UND IHRE GRENZEN

Angesichts dieser doppelten Einschränkungen haben zivilgesellschaftliche Akteure ein Repertoire von Strategien entwickelt: *Anpassung*, um in widrigen Kontexten zu überleben; *(verdeckter) Widerstand*, um Gewalt und Repression zumindest indirekt entgegenzuwirken; und *Prävention*, um neuen Restriktionen vorzubeugen.
Für die meisten Akteure in Gewaltkontexten sind (in)offizielle Sicherheitsprotokolle, gegenseitige Unterstützung und psychische Fürsorge für Mitarbeitende inzwischen Teil des Alltags. Auch die Stärkung bestehender Gemeinschaftsstrukturen dient dem Schutz gegen kriminelle Akteure. Zudem passen Organisationen ihre Sichtbarkeit strategisch an: Mal bietet mehr Öffentlichkeit Schutz, mal meiden Akteure heikle Themen oder ziehen sich ganz zurück. Um sich in betroffenen Gebieten bewegen zu können, kooperieren NROs meist mit lokalen Führungspersonen; mancherorts müssen sie Zugang und Aktivitäten zusätzlich mit kriminellen Gruppen aushandeln. Generell vermeiden es zivilgesellschaftliche Akteure, zusammen mit staatlichen Sicherheitskräften aufzutreten, da dies Vertrauen in der Bevölkerung untergräbt und das Risiko krimineller Vergeltung erhöht.
(Verdeckter) Widerstand zeigt sich vor allem in der Dokumentation von Übergriffen und Rechtsverletzungen, die die Basis für juristische Anklagen und öffentliches Anprangern bildet – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Darüber hinaus sind nationale und internationale Allianzen zentral, auch um gemeinsam der Darstellung, gesellschaftlicher Aktivismus diene direkt oder indirekt Kriminalität und Gewalt zu widersprechen. Präventive Strategien richten sich z.B. gegen die Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen durch kriminelle Gruppen.
In einem schwierigen – und für Ecuador noch neuen – Kontext helfen diese Strategien zivilgesellschaftlichen Akteuren handlungsfähig zu bleiben – allerdings auch nur in



Mordraten pro 100.000 Einwohner nach Provinzen in Ecuador (2025). Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von OECO (2026). Bild: Ecuadorenumerado. PNG: Abgeleitetes Werk von Xatufan: Addicted04, über Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0.

Grenzen. Selbstschutz bindet erhebliche finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen, die andernfalls in inhaltliche Arbeit fließen würden. Zudem passen Organisationen ihre Arbeit an, indem sie sich selbst zensieren, sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen oder Aktivitäten (vorübergehend) einstellen. Das gilt vor allem für Gebiete, in denen starke kriminelle Gruppen auf einen abwesenden oder gar repressiven Staat treffen.

FAZIT UND EMPFEHLUNGEN

Unsere Studie zeigt, dass die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume in Ecuador nicht bloß Kollateralschaden wachsender krimineller Gewalt und ihrer staatlichen Bekämpfung ist, sondern ein eigenständiges Problem darstellt. Zudem hat die Politik der harten Hand die Sicherheitslage bislang nicht verbessert.[8] Unabhängig davon, wie man Noboas Sicherheitsagenda bewertet, erfordern unsere Befunde eine Debatte darüber, wie sich die Reaktion auf organisierte Kriminalität besser mit dem Schutz der Menschenrechte vereinbaren lässt. Darüber hinaus brauchen zivilgesellschaftliche Akteure in Ecuador mehr Unterstützung, um mit der Zangenbewegung aus krimineller Gewalt und harter Sicherheitspolitik umzugehen.
Die Hauptverantwortung dafür liegt beim ecuadorianischen Staat und der Gesellschaft, doch externe Akteure können helfen, zivilgesellschaftliche Handlungsräume zu schützen. Unsere Gesprächspartner*innen betonten, wie wichtig internationale Aufmerksamkeit, Solidarität und Unterstüt-

DIE AUTOR*INNEN

Elena Dressler ist assoziierte Forscherin am PRIF und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Darmstadt. Madeleine Palacios ist studentische Hilfskraft am PRIF und Prof. Dr. Jonas Wolff ist PRIF-Vorstandsmiglied und leitet den Programmbereich Innerstaatliche Konflikte.

KONTAKT dressler@prif.org

PRIF, Darmstädter Landstr. 112 , 60598 Frankfurt/M.
PVst, DPAG 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-2512-627X

zung sind. Daraus leiten wir fünf Empfehlungen für externe Akteure ab, die in und mit Ecuador arbeiten, darunter deutsche und europäische Regierungen, staatliche Entwicklungsagenturen und internationale NROs:

1. Menschenrechtsverteidiger*innen öffentlich unterstützen: Internationale Aufmerksamkeit, Dokumentation und Solidarität senken die Risiken für Bedrohte und stärken ihre Legitimität.
2. Offenen Menschenrechtsdialog führen: Ecuadors Verfassung und seine internationalen Menschenrechtsverpflichtungen sollten fester Bezugspunkt bleiben, den internationale Partner konsequent und kritisch ansprechen – in Diplomatie wie Entwicklungszusammenarbeit.
3. Schutz- und Notfallmechanismen für Aktivist*innen und Organisationen: Existierende Instrumente sind zu erhalten und auszubauen, um auf akute Bedrohungen rasch reagieren zu können.
4. Verlässlich, aber flexibel fördern: Zivilgesellschaftliche Organisationen brauchen langfristige Unterstützung, die flexibel und unbürokratisch genug ist, um Aktivitäten und Prioritäten bei veränderten Risiken rasch anzupassen.
5. Austausch zwischen Organisationen und Ländern fördern: Internationale Zusammenarbeit kann eine Schlüsselrolle beim Austausch zwischen Organisationen mit ähnlichen Herausforderungen spielen – in der Region (z. B. Kolumbien, Mexiko) und darüber hinaus.

Danksagung

*Die Autor*innen danken Anahí Macaroff und Tina Hennecken Andrade von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Quito für die Zusammenarbeit sowie den Teilnehmenden der Workshops und Interviews, die ihre Erfahrungen mit ihnen geteilt haben. Claude (Anthropic, 2026) wurde für die Übersetzung des englischsprachigen PRIF Spotlight genutzt. Die Verantwortung für die Inhalte und Argumente des finalen Texts liegt bei den Autor*innen.*

PRIF SPOTLIGHT: Das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) ist das größte Friedensforschungsinstitut in Deutschland. PRIF analysiert die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte, erforscht die Bedingungen des Friedens und arbeitet daran, den Friedensgedanken zu verbreiten.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Öffentlichkeitsarbeit (PRIF), Darmstädter Landstr. 112, Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, info@prif.org, www.prif.org. Design: Anja Feix · Layout: PRIF · Druck: Druckerei Spiegler

Textlizenz: Creative Commons (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).
Die verwendeten Bilder unterliegen eigenen Lizenzbedingungen.

Fußnoten und weiterführende Links:
prif.org/spotlight1626-fn

DOI 10.48809/prifspot2616

Peace Research Institute Frankfurt
Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Leibniz Gemeinschaft